

02.10.95**Empfehlungen**
der AusschüsseEU - Fz - Inzu **Punkt** der 689. Sitzung des Bundesrates am 13. Oktober 1995

Vorschlag einer Verordnung (EG) des Rates zur Einführung von Sondermaßnahmen auf Grund des Beitritts Österreichs, Finnlands und Schwedens betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst

Vorschlag einer Verordnung (EG) des Rates zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst

KOM(95) 327 endg.; Ratsdok. 8972/95

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Union (EU),
der Finanzausschuß (Fz) und
der Ausschuß für Innere Angelegenheiten (In),

empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt Stellung zu nehmen:

- | | |
|----------------|--|
| EU
Fz
In | 1. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, die beiden Verordnungsvorschläge abzulehnen. |
| Fz | 2. Der Bundesrat erkennt zwar nicht die Notwendigkeit, Staatsangehörige neuer Mitgliedstaaten in die Administration der EU rasch zu integrieren. |

Ausgeliefert am 02. OKT. 1995

- Fz
In
3. In diesem Zusammenhang verweist er jedoch auf
- die im Rahmen des EU-Beitritts der Länder Österreich, Finnland und Schweden geschaffenen finanzwirksamen Sondermaßnahmen, die eine bevorzugte Rekrutierung von zukünftigen Beamten aus diesen Ländern gewährleisten,
 - die geltenden Statusregelungen der Europäischen Gemeinschaften, die im übrigen bereits Möglichkeiten zur vorzeitigen Ruhestandsversetzung der Bediensteten bieten,
 - die finanzpolitisch schwierige Situation in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten, wo zur Begrenzung der Versorgungslasten einige einschneidende Maßnahmen bereits beschlossen und weitere geplant sind,
- Fz
In
4. - die Präjudizwirkung für andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung und
- Fz
In
5. - den von Deutschland zum großen Teil zu finanzierenden Haushalt der EU.